

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk., im voraus zahlbar. Für Postweg zahlbar einschließlich Postgebühren 12 Mk. monatlich. Unter Ausschluss des Bezugs für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Erzgebirge u. Masurengebiet sowie die rüberrn Deutschen Gebiete Polens u. Litwens 20 Mk., für das übrige Ausland 27 Mk. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 60b.

Die achtspaltige Komposition des Textes über dem Namen kostet 1.- Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Besondere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Suche 3,00 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Suche in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.- Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kommunistische Gewerkschaftszerstörer Banterott der russischen Gewerkschaften

Der ganze Kampf, den die Kommunisten in allen Ländern mit einem verhassten Fanatismus gegen die Gewerkschaften führen, geht von der Voraussetzung aus, daß man die gewaltigen Millionenorganisationen des westeuropäischen Proletariats der kommunistischen Leitung unterordnen müsse, damit diese, ebenso wie in Sowjetrußland, die Gewerkschaften in den Dienst der sozialen Revolution stellen können. Vor mehr als Jahresfrist ist diese Parole von Moskau ausgegeben worden; in Ausführung dieser Parole hat die von L o s o w s k i geführte russische Gewerkschaftsdelegation in verschiedenen Ländern, insbesondere in Deutschland, ihre Wahl- und Zerschlagungsarbeit begonnen; auf dem Parteitag in Halle haben S i n o w j e w und L o s o w s k i mit ihren verleumderischen Angriffen gegen die Gewerkschaften, die sie den Orgeschanditen gleichstellten, die eigentlichen Ziele ihres Kampfes gegen die Gewerkschaften enthüllt, und seitdem hat der wilde Kampf, der unter der Parole „Moskau oder Amsterdam?“ in die Gewerkschaften hineingetragen wurde, jeden Zweifel darüber beseitigt, daß es sich bei dem Vorgehen der Kommunisten in den Gewerkschaften nicht um eine Revolutionierung ihrer Tätigkeit, sondern lediglich um die Erringung nackter Machtpositionen, um die Ausführung der Vorschriften der Moskauer Niederwerfungs- und Zertrümmerungsstrategie handelt. Der von den Kommunisten inszenierte Sturm irreführender Arbeitstoler auf das Berliner Gewerkschaftshaus ist die letzte und durchaus folgerichtige Etappe in dieser Entwicklung: angesichts des offensichtlichen Mißerfolges der kommunistischen „Zellenbauer“ in den Gewerkschaften greifen die kommunistischen Desperados zu dem letzten Verzweigungsmittel, zu der physischen Vernichtung ihrer Gegner, die sie mit geistigen Mitteln nicht zu überwinden vermögen.

Zu gleicher Zeit zeigt sich aber auch, daß jene Argumente, mit deren Hilfe die Moskauer Agenten und ihre geistlosen westeuropäischen Nachbeter die Arbeiterchaft zu tödlichen Versuchen, ebenso auf bewußtem Betrug und Irreführung beruhen, wie die meisten kommunistischen Märchen und Fabeln über die Herrlichkeiten des „kommunistischen Aufbaues“ in Sowjetrußland. Bei ihrer Agitation in den Gewerkschaften parodieren die Kommunisten noch heute mit den papiernen Millionen der Mitgliederzahlen der russischen Gewerkschaften, die angeblich die Grundlage der „kommunistischen Wirtschaftsordnung“ und der „Diktatur des Proletariats“ in Sowjetrußland bilden. Kundige Leute behaupteten zwar schon lange, daß die Diktatur des Proletariats in Sowjetrußland in Wirklichkeit die Diktatur einer kommunistischen Führerclique bedeute, daß die Gewerkschaften ebenso wie die Käte nichts weiter sind, als willenlose Werkzeuge in den Händen der kommunistischen Parteibürokraten und der korumpierten Sowjetbureaucratie, und daß die angebliche kommunistische Wirtschaftsform nur auf dem Papier stehe, während in Wirklichkeit ein neuer Kapitalismus sich Bahn bricht, vor dem die kommunistischen Banterotteure täglich mehr und mehr zurückweichen müssen. Jede neue Maßnahme der Sowjetregierung auf wirtschaftlichem Gebiet befähigt diesen Rückbildungsprozeß zum Kapitalismus, der durch die wahnwitzige Politik der russischen Kommunisten nur erschwert und kompliziert wird. Aber auch die Praxis der russischen Gewerkschaften zeigt, daß die kommunistische Gewerkschaftspolitik auch in Sowjetrußland einen vollständigen Banterott erkitten und letzten Endes dahin geführt hat, daß die noch vor kurzem machtvoll sich entfaltende russische Gewerkschaftsbewegung sich in einen toten Bestandteil des bürokratischen Apparats der Sowjeddiktatur verwandelt hat.

Einen schlagenden Beweis dafür liefert der Verlauf des kürzlich stattgefundenen Allrussischen Gewerkschaftskongresses. Die offiziellen Nachrichtenagenturen der Sowjetregierung und die kommunistische Presse hat über diesen Kongreß die üblichen verlogenen Berichte gebracht, die den Anschein erwecken, daß die russische Gewerkschaftsbewegung in vollster Blüte stehe und einheitlich und geschlossen der kommunistischen Führung folge. Was hinter den Kulissen des Gewerkschaftskongresses vor sich ging, wurde von der kommunistischen Berichterstattung sorgfältig verschwiegen. Darüber gibt ein Bericht des Moskauer Korrespondenten des „Sozialistischen Boten“, des Berliner Organs der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, in sehr interessanter Weise Auskunft. Es heißt in diesem Bericht:

„In der ersten Sitzung der bolschewistischen Fraktion des Gewerkschaftskongresses (wie vor der offiziellen Eröffnung des Kongresses stattfand) wurde der Bericht des allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften entgegengenommen; der Vertreter des letzteren, L o m s k i, schlug sich reuenvoll an die Brust, erklärte, daß der Zentralrat überflüssig und unnützig gewesen sei, und bemerkte zu seiner Rechtfertigung, daß das kommunistische Zentral-

Schwarz-weiß-rote Gefahr in Oberschlesien

Nationalistische Großspchereien

Die Mitteilungen, die die Delegation der Gewerkschaftsinternationale und insbesondere der französische Genosse J o u h a u z über die Verhältnisse in Oberschlesien gemacht haben, haben den Zorn der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, des Hauptorgans der Stinnespartei hervorgerufen. In einem Leitartikel wendet sie sich gegen die Feststellung der Delegation, daß von gewissen deutschgesinnten Persönlichkeiten eine Unterdrückungspolitik empfohlen werde, die der deutschen Sache in Oberschlesien nur schade und allein der Reaktion im Innern Deutschlands Vorschub leiste. Wer sind, fragt das Stinnesorgan, jene Persönlichkeiten, die eine Unterdrückungspolitik empfehlen? Von einer solchen Politik könne nicht gesprochen werden; in Wirklichkeit werde nur von den Polen eine Unterdrückungspolitik allerhöchster Art getrieben. Wenn die Delegierten die Haltung der deutschen Parteien tadeln, so brauche nur darauf hingewiesen zu werden, daß die Sozialisten Oberschlesiens in den wesentlichsten Punkten mit allen übrigen Parteien einer Meinung seien. Zudem sei ja auch der rechtssozialistische Abgeordnete Dr. K ö s t e r als Mitglied der parlamentarischen Kommission durchaus auf den Boden, der von den deutschen Parteien in Oberschlesien betriebenen Politik getreten.

Der nationalstische Uebereifer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat ihr einen recht bösen Streich gespielt. Hätte das Blatt, statt sich hinter dem Rücken der Rechtssozialisten zu vertriehen, aufmerksamer die Ausführungen des Genossen J o u h a u z gelesen, so hätte es darin nicht nur eine Antwort auf seine Fragen, sondern auch eine Reihe von Tatsachen gefunden, die eine Kritik der Haltung der deutschen Parteien Oberschlesiens durchaus rechtfertigen. Schon das herausfordernde Benehmen des deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission in Oppeln, Grafen P r a s c h m a, gegenüber der Delegation zeigt deutlich, daß die führenden deutschen Persönlichkeiten in Oberschlesien sich auf den Standpunkt absolutester Unversöhnlichkeit gestellt haben und die Lösung des ober-schlesischen Problems mit Hilfe von Tanks anstreben. Dieser Standpunkt steht keineswegs in Einklang mit der von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gerühmten deutschen „Versöhnungspolitik“. Und wenn die schlesischen Rechtssozialisten, was wir nicht annehmen wollen, ebenso wie der famose Herr Dr. Köster, sich auf den Tank-Standpunkt des Grafen Praschma gestellt haben sollten, so würde das nicht nur nicht die Kritik des Genossen J o u h a u z entkräften, sondern die Rechtssozialisten mitschuldig machen an den verhängnisvollen Folgen, die eine solche nationalstische Politik nach sich ziehen müßte.

Das ist überhaupt der springende Punkt in den Ausführungen der Gewerkschaftsdelegation und des Genossen J o u h a u z, daß die neuerdings zutage tretende Unversöhnlichkeit der deutschen Parteien den Konflikt verschärfen und die polnischen Arbeiter, die an dem Zustand teilgenommen haben, zu Verzweiflungsakten treiben könnte, durch die die wirtschaftliche Zukunft Oberschlesiens aufs Spiel gesetzt werden würde. Diese Erwägungen scheinen den Wort-

führern der deutschen Parteien vollkommen fernzuliegen. Sie haben sich in eine rabiate nationalistische Stimmung hineingeredet und setzen durch ihre unversöhnliche Haltung die Früchte der bisherigen besonnenen, zurückhaltenden Politik, die in der ober-schlesischen Frage betrieben wurde, erneut aufs Spiel. Man braucht nicht weit zu suchen, um die Ursachen dieses provokatorischen Vorgehens zu finden: sie liegen einerseits in dem Bestreben der deutschnationalen Drahtzieher, die ober-schlesische Frage als Sturmbaum gegen das Kabinett Birth zu benutzen, und andererseits in dem militaristischen, reaktionären Geiste, der sich bei dem deutschen Selbstschutz in Oberschlesien bemerkbar macht. Es ist ein Symbol von weittragender Bedeutung, daß, wie der Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet, an der ganzen deutschen Front in Oberschlesien keine einzige republikanische Flagge zu sehen ist. Dagegen wehen bei allen Truppenteilen des deutschen Selbstschutzes schwarz-weiß-rote Fahnen und viele Mannschaftshelme sind mit Halantkruzen geschmückt!

Es liegt bei der Arbeiterschaft, daß nicht die Monarchisten und Hakenkreuzler, die sich unter der Flagge des Selbstschutzes gesammelt haben, die deutsche Politik in Oberschlesien bestimmen. In dieser Beziehung muß der Bericht der Gewerkschaftsdelegation für die gesamte deutsche Arbeiterklasse als Ruf zur Sammlung und äußerster Wachsamkeit angesehen werden. Es gilt, den deutschnationalen Verschwörern und Katastrophopolitikern ein einschlossenes Halt entgegenzurufen.

Das Schicksal Oberschlesiens

Chamberlain erklärte im Unterhaus über die Konferenz Lord Curzons mit Briand, die Lage in Oberschlesien sei erschöpfend geprüft worden; dem Plane, der eine progressive Zurückziehung der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes aus dem strittigen Gebiet vorsehe, sei zugestimmt worden. Die alliierten Streitkräfte, die annähernd 20000 Mann zählen, sollen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem geräumten Gebiete solange verantwortlich sein, als die Entscheidung des Obersten Rates über die zukünftigen Grenzen noch in der Schwebelage sei. Es sei beschlossen worden, den alliierten Kommissionen in Oberschlesien jede mögliche Unterstützung sowohl am Orte selbst als auch durch Vorstellungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zu gewähren. Um die endgültige Lösung zu beschleunigen sei ferner beschlossen worden, die Kommission zu fragen, ob sie nicht mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse innerhalb angemessener Zeit einen gemeinsamen Bericht anstelle der vor einigen Wochen abgegebenen Teilberichte erstatten könnte. Falls Unterstützung durch technische Beamte gewünscht werde, werde solche zur Verfügung gestellt. Falls keiner dieser Wege als praktisch oder angängig angesehen werde, seien die alliierten Regierungen bereit, die Angelegenheit einem in London oder Paris tagenden technischen Ausschuss zu überweisen, um dem Obersten Rat bei seiner endgültigen Entscheidung behilflich zu sein. Es sei dem zugestimmt worden, daß der Oberste Rat im nächsten Monat in Vaulgogne zusammenkomme, wo dieser und andere Gegenstände behandelt werden sollen.

komitee dem Zentralrat nicht die Möglichkeit gegeben habe zu arbeiten, indem es ihn durch seine Befehle unterdrückte. D. K o s a n o f f (der bekannte Marxforscher und Gewerkschaftsführer), bestätigte diese Tatsachen und griff den Zentralrat der Gewerkschaften an, weil er nicht den Rat gehabt habe, gegen das kommunistische Zentralkomitee zu kämpfen. K o s a n o f f sprach mit großer Leidenschaft und bewirkte, daß eine ungeheure Mehrheit eine Resolution annahm, in der die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gefordert und festgesetzt wurde, daß das kommunistische Zentralkomitee den Zentralrat der Gewerkschaften an seiner Arbeit behindert habe.

Wegen dieser Kühheit beschloß das kommunistische Zentralkomitee, die Schuldigen exemplarisch zu bestrafen. Am folgenden Tage konnte der Gewerkschaftskongreß nicht eröffnet werden, weil das Zentralkomitee den ganzen Tag über die geschaffene Lage verriet. Am Abend wurde der Kongreß eröffnet, aber das Präsidium wurde nicht gewählt und die Arbeit nicht begonnen, sondern die Verhandlungen auf den folgenden Tag verschoben. Am folgenden Tag jedoch trat die kommunistische Fraktion wieder zusammen, der das Zentralkomitee folgendes Ultimatum unterbreitete: 1. Die Resolution K o s a n o f f wird zurückgezogen; 2. es wird eine Resolution angenommen, die das kommunistische Zentralkomitee verurteilt hat; 3. K o s a n o f f und L o m s k i werden vom Kongreß entfernt, von der Gewerkschaftsarbeit ausgeschlossen und vor ein Parteigericht gestellt.

Die Fraktion geriet in Empörung. Lenin „selbst“ erschien, hielt dreimal eine Schimpfkanonade. Die Atmosphäre wurde immer heißer; es regnete nur Komplimente wie Dummkopf, Idiot, Schuft um. Die Fraktion ergab sich nicht. Lenin entfernte sich.

Am Abend eröffnete der Kongreß erneut seine Sitzung ohne Präsidium. Es wurden einige Begrüßungsreden entgegengenommen. Die kommunistische Fraktion beschloß, eine Delegation zu Lenin zu senden mit der Bitte, daß das Zentralkomitee seinen

Beschluß hinsichtlich K o s a n o f f und L o m s k i einer Revision unterziehe. Lenin empfing die Delegation und versprach „zum letzten Mal“ den Beschluß zu revidieren. Das kommunistische Zentralkomitee trat zusammen, beschloß aber... an seinem Beschluß festzuhalten.

Darauf ergab sich die kommunistische Fraktion, akzeptierte das Ultimatum des kommunistischen Zentralkomitees, beschloß aber zugleich — an den nächsten Parteikongreß zu appellieren!

L o m s k i und K o s a n o f f wurden von der Teilnahme am Kongreß ausgeschlossen; das kommunistische Zentralkomitee hielt seine Begrüßungsrede, das Präsidium wurde gewählt, und alles ging wie geschmiert. Der Kongreß stimmte ab und nahm die vom kommunistischen Zentralkomitee vorgefertigten Resolutionen an!

Somit der Bericht, dessen Wirkung durch ein Kommentar nur abgeschwächt werden konnte. Die kommunistische Presse wird natürlich mit gewohnter Eifersuchtigkeit die hier mitgeteilten Tatsachen zu leugnen versuchen. Wir bemerken demgegenüber, daß der vorstehende Bericht aus einer Quelle stammt, deren vollkommene Zuverlässigkeit so sehr außer jedem Zweifel steht, daß jeder Moskauer Bericht im „Sozialistischen Boten“ in den Kreisen der Sowjetbureaucratie eine wahre Panik hervorruft. Alles Leugnen wird die Tatsache nicht zu vertuschen vermögen, daß nicht nur die westeuropäische Arbeiterschaft in steigendem Maße den wahren Charakter der „Wojnominschen Dörfer“ der russischen Kommunisten erkennt, sondern daß auch in den Reihen des russischen Proletariats, ja der russischen Kommunisten selbst, jene gesunde Opposition im Wachen begriffen ist, die allein im Stande ist, mit dem bolschewistischen System aufzuräumen und die russische Revolution aus ihrer Sackgasse herauszuführen.

Grubenunglücke und ihre Verhütung

Die "Bergarbeiterzeitung" beschäftigt sich an der Spitze ihrer Nr. 26, die zu einer Zeit fertiggestellt wurde, als die Grube Mont Cenis noch nicht zum Massengrab geworden war...

Zur Verhütung der Unglücksfälle fordert die "Bergarbeiterzeitung" eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und macht zugleich aufmerksam auf den Mißbrauch der Rechte der Betriebsräte...

Durch das Betriebsrätegesetz und einige andere Bestimmungen aus letzter Zeit sind den Kameraden einige Rechte auf dem Gebiet der Sicherheit eingeräumt worden...

Obwohl Parlamentarischbeschlüsse und ministerielle Zusagen zur Schätzung und Aufrückung der Bergarbeiter über Grubengefahren bestehen, erfolgt dies nicht in wünschenswerter Form...

Die "Bergarbeiterzeitung" hat recht: eine Änderung des Systems ist notwendig. Änderung des Systems aber heißt: Beseitigung des persönlichen Regiments der Zechenherrscher...

Ein Schrei nach Ausbeutungsobjekten

Die Herren Dr. Semmler, Makkewitz, Jandrey und Schimmelpenning von den Deutschnationalen haben im Reichstag folgende kleine Anfrage gestellt:

In der ganzen Provinz Pommern, besonders aber in der intensiv betriebenen Landwirtschaft, herrscht großer Arbeitermangel. Die Zulassung von Arbeitern aus dem Ausland ist zurückgezogen...

Neuerscheinungen

Eine Auswahl

- Alexander Stein: Arbeitsfrage und Sozialismus. Preis 2,50 M. Verlag Buchhandlung Freiheit, Berlin C. 2.
Karin L. Wegner: Im Hause der Schicksaligen. Aufzeichnungen aus der Umkle. 113 Seiten. Preis 17 M. Edition-Verlag, Dresden.
Erich Hellwig: Diele an Wochentagen. 156 Seiten. Preis 15 M. Erich Hellwig, Berlin.
Karl Höpfer: Die Gartenbauhölzer, mit einer Einführung von Stadt- und Kreisbauamt Dr. Arthur Buchner. 18 Bände, 2 Bände. 12 M. Verlag Ferdinand Hiller & Sohn, Berlin.
Dr. C. J. Gumbel: Zwei Jahre nach. Mit einem Vorwort von Prof. G. A. Nicolai. 66 S. 6 M. Verlag Neuss-Verlag.
Dr. C. J. Gumbel: Die Panik des Urmenschen. 246 S. 25 M. Verlag Hoffmann & Campe, Berlin.
Dr. Max Schöndorff: Einführung zum politischen Denken bei der letzten lateinischen Klasse. 32 S. 4 M. Verlag Neuss-Verlag.
Eduard Bernheim: Wie eine Revolution zugrunde ging. Eine Schilderung und Analyse. 6 M. Verlag S. O. W. Dieckhoff.
Elio Lascaz-Schäfer: Der Wandertabak von Barcelona. 38 S. 7 M. Paul Cassirer Verlag.
Franz Bressi: Spielgesetze. Magische Logik. 224 Seiten. Preis 24 M. Kurt Wolff Verlag, München.
Franz Bressi: Der Schicksals. Ein Schicksalsroman in 8 Bänden. 308 Seiten. Preis 20 M. Kurt Wolff Verlag, München.
Eduard Bernheim: Tagelöhner. Schicksalsroman in drei Bänden von E. Bernheim. 1200 Seiten. Preis 30 M. Suhrkamp Verlag, Berlin.
Karl Höpfer: Der Weg zum Ziel. Roman. Geb. Preis 11 M. Verlag Buchhandlung Freiheit, Berlin C. 2.
Eduard Bernheim: Einführung zum Rechtswesen. 67 S. 4,50 M. Verlag Dr. Kurt Wolff, Berlin.
Eduard Bernheim: Die Zeit der Revolution. 57 S. 4,50 M. Verlag Dr. Kurt Wolff, Berlin.
Eduard Bernheim: Die Zeit der Revolution. 57 S. 4,50 M. Verlag Dr. Kurt Wolff, Berlin.
Eduard Bernheim: Die Zeit der Revolution. 57 S. 4,50 M. Verlag Dr. Kurt Wolff, Berlin.
Eduard Bernheim: Die Zeit der Revolution. 57 S. 4,50 M. Verlag Dr. Kurt Wolff, Berlin.

zu tun, um diesen Übelständen abzuhelfen und besonders die der Landwirtschaft entzogenen Kräfte ihr wieder zuzuführen...

Doch was sagt die Arbeitnehmergruppe des Landbundes dazu? Sie hat doch neulich eine so schöne Entschliessung gefaßt. Vielleicht ist diese Frage erlaubt, nachdem diese Herren in jüngster Zeit Neigung gezeigt haben, eine Korrespondenz mit uns zu pflegen.

Dreiklassenwahlrecht für Beamtenauschüsse

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit der Frage der Beamtenvertretungen und nahm an dem vorliegenden Gesetzentwurf einschneidende Veränderungen vor...

- 1. bei den Dienstvorgehens unterster Instanz Ortsbeamtenauschüsse und bei den Dienstvorgehens höchster Instanz Hauptbeamtenauschüsse eingerichtet werden;
2. können nach der Ausschusssatzung fakultativ bei den Dienstvorgehens der mittleren Instanz Bezirksbeamtenauschüsse zur Vertretung für diese Instanz errichtet werden.
Die Ortsbeamtenauschüsse sollen in der Regel aus drei bis neun Mitgliedern bestehen, bei weniger als zwanzig Beamten tritt an die Stelle des Ausschusses ein Vertrauensmann.

Nach der Ausschusssatzung ist die Gruppenwahl vorgesehen, die ganze Beamtenschaft wird nach der Besoldungsordnung in drei Gruppen geteilt...

Damit sollen die Beamten, getrennt dem Autoritätsprinzip, voneinander getrennt und in drei Gruppen zueinander in Gegensatz gebracht werden. Jede Gruppe soll ihre Interessen für sich, das heißt gegen die anderen Gruppen, vertreten...

Die Reichswehr im Hauptauschuss

Bei der Beratung der Ausgaben für das Reichswehrministerium kritisierte Genosse Rosenfeld, daß im Reichswehrministerium dem Kapp-Putsch eine mindestens zweifelhafte Rolle gespielt habe...

Auf eine Kritik des Genossen Rosenfeld an der Deutschen Soldaten-Zeitung, die aus Reichsmitteln bezahlt werde, erwiderte der Minister, daß er vom 1. Juli ab selbst die Redaktion dieser Zeitung übernehmen werde...

Beim Etat der Reichswehr-Rücker brachte Genosse Rosenfeld zur Sprache, daß dem Militärminister in Regensburg unterzogen worden sei, an einer Dantefest teilzunehmen...

Genosse Kändler verlangte Auskunft über die immer noch vorkommenden Waffenspendungen. Er forderte energisch, daß endlich die Waffenspendungen an Selbstschützern Organisationen aufgehört werden.

Beim Etat der militärischen Rechtspflege brachte Genosse Rosenfeld zur Sprache, daß immer noch Soldaten bestraft werden, die vor der Revolution schuldig geworden seien...

Beim Etat der Betriebsräte wies Genosse Kändler auf die auffallende Erscheinung hin, daß im Gegensatz zu den sonstigen verschiedenen Erhöhungen der Heeresausgaben bei den Betriebsräten 2500 Mark weniger eingelegt seien...

Rattgefunden habe. Genosse Rosenfeld überlegte diese Behauptung, worauf derselbe Regierungserklärer erklärte, daß im vorigen Jahre die in Aussicht genommenen 10.000 Mark nicht einmal aufgebraucht sind...

Zum Falle des Hauptmanns Neufville erklärte der Minister, daß die Unterjochung keine Beweise dafür geliefert habe, daß Neufville mit den Kappisten in Verbindung stand...

Der Vorsitzende verhinderte die Beantwortung dieser Frage, worauf Gen. Kändler erklärte, er wolle auf diese Frage im Plenum zurückkommen...

Was Schiffer als Amnestie ansieht

Als im Reichstag unter dem Eindruck der ungeheuerlichen Urtelle, welche die Sondergerichte gefällt haben, erneut eine Amnestie für die politischen Parteien gefordert wurde...

Da die Erklärung des Justizministers uns im höchsten Grade befremdlich erschien - 15 Amnestien seit dem November 1918! -, wandte einer unserer Abgeordneten sich an das Justizministerium...

Sieht man von den Amnestien, die für die Desisten vor der Revolution ergangen sind, ab - und diese Amnestien waren doch wohl auch nach der Auffassung des Justizministers eine staatsrechtliche Selbstverständlichkeit - so bleiben im ganzen neun Gesetze übrig...

Unter den neun Gesetzen finden sich einmal drei Amnestien, die auf Grund der Friedensverträge mit Litauen und Polen erlassen sind. Sie gewähren Straffreihheit für militärische Straftaten...

Eine weitere der von dem Justizminister mitgerechneten Amnestien schlägt die Disziplinarstrafen nieder, welche über Beamte vor dem 9. November 1918 verhängt sind...

Wäre der Anlaß nicht so außerordentlich ernst, würde es nicht um den Kopf und die Freiheit von Tausenden von Arbeitern gehen, die die Justizhäuser füllen...

Aber der ernste Anlaß zwingt uns, uns noch länger mit diesem Minister zu beschäftigen. Ebenso unwahr, wie die Zahlenzusammenstellung ist, ebenso charakteristisch für ihn ist der Gegensatz...

Im Lande der Klassenjustiz ist man an manchen Orten still geworden. Eine derartige Antwort auf einen politischen Amnestieantrag, wie sie der Justizminister gegeben hat...

Die Jugendwohlfahrtsausgaben des Reichstages beriet am Mittwoch den Schuß der Pflanzengarten betreffenden Paragraphen. Kleine Abänderungsanträge der Rechten, des Zentrums und der Demokraten wurden angenommen...

Der Jugendwohlfahrtsausgaben des Reichstages beriet am Mittwoch den Schuß der Pflanzengarten betreffenden Paragraphen. Kleine Abänderungsanträge der Rechten, des Zentrums und der Demokraten wurden angenommen...

